

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur  
Bezirksvertretungssitzung am 06.07.2020 gemäß § 24 folgenden

### **Antrag**

## **AnrainerInnenparken**

Die Frau Bezirksvorsteherin wird ersucht, unverzüglich in Verhandlungen mit der Stadt Wien zu treten, um die Gültigkeit des AnrainerInnenparkens in der Josefstadt durch das Anbringen von Zusatztafeln wiederherzustellen. Andere Bezirke, wie Alsergrund oder Mariahilf, zeigen, dass bei solchen Verhandlungen eine durchwegs gute Lösung erzielt werden kann, indem die Ausweitung des Ausnahme-Kreis einher gegangen ist mit einer beträchtlichen Aufstockung der AnrainerInnenstellplätze insgesamt und einer weitgehenden Übernahme der Kosten durch die Stadt Wien. Die Ergebnisse der Verhandlungen mögen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

### **Begründung**

Seit eineinhalb Jahren ist das AnrainerInnenparken in der Josefstadt ungültig. Diese ohnehin prekäre Situation könnte sich zunehmend verschärfen durch die jüngsten Entwicklungen im 1. Bezirk. Wie alle den Medien entnehmen konnten, haben der Bezirksvorsteher des 1. Bezirks und die Vizebürgermeisterin ein Konzept zur Verkehrsberuhigung in der City präsentiert. Obwohl es zahlreiche Ausnahmen für die PKW-Zufahrt gibt, ist zu befürchten, dass die Auswirkungen auf die Josefstadt trotzdem massiv sind, insbesondere im Bereich der jetzigen Überlappungszone, aber - wenn an der Situation mit dem AnrainerInnenparken nichts geändert wird – darüber hinaus in der ganzen Josefstadt. Augenscheinlich ist der Bezirksvorsteher des 1. Bezirks mittlerweile bereit, zahlreiche Zusatzschilder aufzuhängen. Damit ist die Josefstadt der einzige Bezirk, bei dem es nach wie vor Weigerung statt Verhandlung mit der Stadt in dieser Frage gibt. Gerade angesichts der möglicherweise bevorstehenden Änderungen im 1. Bezirk sehen die AntragstellerInnen hier massiven Handlungsbedarf der Frau Bezirksvorsteherin.